

SOWJETUNION

Das „Kaderproblem“ soll gelöst werden

Kein einziger Bürger des Landes (selbst die ohne Beschwerden) soll außerhalb des Gesichtsfeldes der Mediziner bleiben. Dies ist nach einer in der DDR veröffentlichten Darstellung von Alexej Safonow, Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen der Sowjetunion, das Ziel der weiteren Entwicklung beim Bau neuer Gesundheitseinrichtungen und bei der Ausbildung medizinischer Kader. Mit der im Jahre 1982 um 33 000 auf 1 066 000 gestiegenen Zahl der Ärzte sei nunmehr eine Arztdichte von 1:260 erreicht (vgl. DEUTSCHES ARZTEBLATT Heft 12/1983, „Aus aller Welt“). Die Zahl der Krankenhausbetten habe sich um 65 000 erhöht.

Durch die Konzentration auf die Primärversorgung seien in den letzten Jahren die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten der Polikliniken und der rund

15 000 Landambulatorien erheblich verbessert worden. Dazu habe auch beigetragen, daß in den letzten Jahren mehr als 60 Prozent der Absolventen der medizinischen Institute an Ambulatorien und Polikliniken „delegiert“ wurden. Noch vor fünf Jahren mußte ein Therapeut auf dem Lande etwa 2500 bis 3000 Bürger betreuen, ein Kinderarzt bis zu 1500 Kinder. Diese Zahlen sollen bis 1985 auf 1700 bzw. 800 heruntergedrückt werden.

Zum weiteren Ausbau der ambulanten Einrichtungen soll bis 1985 die Produktion moderner medizintechnischer Geräte gegenüber 1981 um 40 Prozent gesteigert werden. Ferner wird angestrebt, die Polikliniken mit speziellen Prophylaxe-Abteilungen auszustatten. Hierfür seien zusätzliche „mittlere Kader“ erforderlich, vor allem Laboranten, Röntgenassistenten und Aufnahmeschwestern. Dazu wird die Aufnahmekapazität der medizinischen Fachschulen im Jahre 1983 um 17 000 und 1984 um mehr als 20 000 Studenten erhöht. gb

ÖSTERREICH

Computer-Dialog

Das Bundesrechenamt in Wien und die Österreichische Sozialversicherungsanstalt werden vom kommenden Jahr ab ihre Computer zusammenschalten, zumindest was Selbständige und Freiberufler angeht. Eine Besonderheit des österreichischen Sozialversicherungsrechtes zwingt praktisch diese Maßnahme herbei, weil sonst der Verwaltungsaufwand nicht mehr erträglich ist. Selbständige und Freiberufler müssen in Österreich ihre Beiträge für die Pensions- und die Krankenversicherung nach der Einkommenshöhe gestaffelt zahlen. Dazu mußten sie bisher der Sozialversicherungsanstalt ihre Einkommensteuerbescheide einreichen, wonach ihnen dann der Beitrag berechnet wurde. Es handelt sich dabei um etwa

180 000 Vorgänge pro Jahr – und erschwerend kommt dazu, daß eine nicht geringe Zahl von Betroffenen die Einreichung des Bescheides vergaß, dann den Höchstbeitrag berechnet bekam und damit weitere Verwaltungsvorgänge in Gang gesetzt wurden. Da die Einkommensteuerbescheide zentral im Computer errechnet werden, lag es nahe, daß das Bundesrechenamt nun die für die Beitragsfestsetzung maßgebenden Daten aus seinem Computer direkt an den Computer der Sozialversicherungsanstalt weitergibt. Datenschutzbedenken sind gegen diese Handhabung bisher nicht geäußert worden. Tatsächlich bekommt die Sozialversicherungsanstalt jetzt weniger Informationen als zuvor – nämlich nicht den ganzen Bescheid, sondern lediglich diejenigen Angaben, die für die Beitragsbemessung maßgebend sind. bt

FIJI

Fortbildung durch Urlauber

In einem Leserbrief in der australischen Ärztezeitung hat der Leiter des Colonial War Memorial Hospital in Suva, der Hauptstadt des Südseestaates Fiji, reisende Ärzte aufgefordert, bei der Fortbildung in Fiji mitzuwirken.

Zahlreiche Touristen kommen regelmäßig nach Fiji, darunter auch viele Ärzte. Der Krankenhauschef wirbt darum, daß ein Arzt, der eine Urlaubsreise dorthin plant, ein paar Stunden seines Urlaubs opfert, um den fortbildungswilligen Ärzten der beiden großen Krankenhäuser auf Fiji Neues aus der weiten Welt der Medizin mitzuteilen. Fast jeder Vortragsgegenstand sei willkommen, Projektoren seien vorhanden. bt

PAKISTAN

Gegen öffentliches Rauchen

Der pakistanische Staatspräsident, General Mohammad Zia-ul-Haq, hat das Gesundheitsministerium des Landes angewiesen, dafür zu sorgen, daß das Rauchen in öffentlich zugänglichen Räumen eingeschränkt wird. Deshalb bereitet das Ministerium eine Verordnung vor, die das Rauchen verbieten soll in Krankenhäusern und Ambulatorien, in allen Erziehungseinrichtungen, Kinos, Theatern, öffentlichen Büchereien und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln einschließlich der Inlandsflüge der pakistanischen Luftfahrtgesellschaft PIA. Als Ausnahmen sollen genannt werden Privatzimmer in Krankenhäusern und die seltenen Fälle, in denen der behandelnde Arzt seinem Patienten aus gesundheitlichen Gründen das Rauchen erlauben möchte. In den Flugzeugen der PIA-Luftfahrtgesellschaft soll bei Inlandsflügen dann geraucht werden dürfen, wenn es ein abgetrenntes Raucherabteil gibt. bt